

Die „Drehscheibe“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt und Montag als Abendblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Stolz und Wut“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“.

Die Abonnementpreise sind: Einzelhefte 20,- Mf., einschließlich Postgebühren; 3 Monate 5,- Mf., 6 Monate 10,- Mf., 1 Jahr 18,- Mf.

# STREIFER

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Drehscheibenpolitik.

Wer bisher noch daran zweifelt, das die Deutsche Volkspartei die alte Nationalliberale Partei, die Partei Drehscheibe ist, der lese den folgenden Einerseits-Andereits-Beschluß, den der am Sonntag in Berlin versammelt gewesene Reichsausschuß dieser Partei nach einem Referat Stresemanns einstimmig gefaßt hat:

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei erhebt einmütig Protest gegen die Vergiftung unseres öffentlichen Lebens durch Mordorganisationen und durch Aufreizung der Mordinstinkte. Die schärfsten Mahnungen gegen solche Agitation und Organisationen finden keine Zustimmung. Der Streit um die Frage der Staatsform hat in dieser schweren Not unseres Vaterlandes zu schweigen. Wir sind der Überzeugung, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich ist.

Wir haben ungeschickt der Agitation der Deutschnationalen Volkspartei bisher in guten Beziehungen zu ihr zu stehen gesucht. Im Interesse der notwendigen inneren Gesundung wenden wir uns aber gegen jede Verbeugung auch durch rechtsradikale Elemente mit rückfahrender Schärfe.

Unsere Parteifreunde im Reich fordern wir auf, im Sinne dieser Richtlinien die Politik der Partei zu führen und zu unterstützen.

Mit Recht verspottet der „Vorwärts“ diese Richtlinien als „Schwangenlinien“ und höhnt über den „Schwarzrot-gold-schwarz-weiß-rotten Monarchierepublikanismus“ der Stresemänner.

Auf Zentrum und Demokratie wird der Drehscheibenbeschuß zweifellos andere Wirkung haben. Für sie wird er der „goldene Mittelweg“ sein, auf dem sich „alles zusammenfinden“ kann. Umsonst wird es sein, daß der „Vorwärts“ sich bemüht, den Demokraten mit den nachstehenden Worten ihres gemordeten Rathenau den Charakter der Partei vor Augen zu führen, mit der sie jetzt den Bruderfuß tauschen wollen:

„Schmachvoll war hier wie überall die Haltung des Großbürgertums, das durch Beziehungen und Bergünstigungen preiswert bestochen, seinen Vorteil im Kriege vor der herrschenden Schicht

und in der Lobpreisung des Besiegenden suchte. Die geistige Verräterei des Großbürgertums, das seine Zukunft und Verantwortung verleugnete, das... die Quellen der Demokratie nicht nur verstopfte, sondern vergiftete, das feil, feig und falsch durch sein Betragen, die Nationalliberale Partei, das Schicksal Deutschlands zugunsten der Reaktion entscheiden ließ: diese Verräterei hat Deutschland zerstört... und uns vor allen Völkern verächtlich gemacht.“

Verständnislos für solche Mahnungen werden die Peterzen und Koch sich mit den Stresemännern lieren, um der drohenden „Linksradikalisierung“ unserer Politik zu entgehen. Und die Stegerwald und Genossen werden denselben Weg zu beschreiten durchaus bereit sein. Das läßt die Situation und zeigt dem Proletariat, was es von der „Demokratie“ der bürgerlichen Mittelparteien zu halten hat.

## Demokraten über die Stresemänner.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in ihrer Nr. 497 über die Deutsche Volkspartei:

„Alle Geschicklichkeit und vielleicht mancher gute Wille, den man Herrn Stresemann zugestehen mag, dürfen doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Deutsche Volkspartei eine monarchistische Partei ist. Die guten Bürgerleute, aus denen sie zumeist besteht, denken sicher nicht daran, mit Revolver und Handgranate die Republik zu bekämpfen. Sie wollen abwarten, bis die Mehrheit des Volkes sich soweit befonnen hat, um auf friedlichem Wege, und wenn die außerpolitische Lage es einmal erlaubt, das Kaiserreich wieder aufzurichten. Aber diesen Rückmarsch der Gefinnung herbeizuführen, muß doch eben ihr Ziel bleiben, und es ist genau das Gegenteil der demokratisch-republikanischen Gesinnungsrichtung, die wir jetzt von den Behörden des Staates erwarten müssen.“

## Verbot eines reaktionären Heftblattes.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Noske, hat das Erscheinen des „Böttlinger Tageblattes“ gemäß § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 25. Juni 1922 auf drei Wochen verboten.

## Der Bürgerkrieg in Irland.

London, 9. Juli. Aus Dublin wird berichtet: Die Regierungstruppen besetzen gestern eine Operationsbasis der Aufständischen in Blessington bei Dublin ohne Widerstand. Ein amtlicher Bericht sagt, die Kämpfe zogen sich über eine Strecke von 15 bis 20 (englische) Meilen. Die Freiwilligen hatten einige Verluste. Über 100 Aufständische wurden gefangen genommen und zurückgelassene Munition erbeutet. Die Aufständischen wurden in die Berge gesprengt.

## Ueberfall auf englische Soldaten.

London, 10. Juli. Man meldet aus Simla, daß die Rashubans an der Nordwestgrenze eine englische Abteilung überfielen, wobei ein Hauptmann und 8 Soldaten getötet, sowie mehrere 31 Soldaten verwundet wurden. Als Repräsentation haben die Engländer ein Eingeborenenbataillon eingeschickt.

## Deutschlands Finanzlage und die Allierten.

London, 10. Juli. (W.T.B.) Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt: „Nach wie heute ich eine so pessimistische Stimmung in den höchsten französischen Bankkreisen gefunden wie jetzt, wo man den Bankrott Oesterreichs erwartet, und wo der katastrophale Sturz der Mark die Notwendigkeit nicht nur eines vollständigen Moratoriums für einige Jahre, sondern auch Zusammenbruchs der Forderung eines völligen Zusammenbruchs Deutschlands beweist. Wenn auch die Finanzpolitik Deutschlands schief kollidiert wird, so ist doch bemerkenswert, daß niemand nach Strafmaßnahmen ruft. Nach Ansicht der Finanzkreise ist das einzige, was geschehen kann, eine Erhöhung der Naturalleistungen. Später wird man vielleicht noch Zwangsmassnahmen verlangen, aber im Augenblick ist an-

gefaßt dieser Reihe die Stimmung Frankreichs so, daß man auf Ansprache verzichtet und es für besser hält, nach Mitteln zur Abhilfe zu suchen.“

In einem Leitartikel schreibt „Times“, man sei der Ansicht, daß der Sturz der Mark durch eine Gruppe deutscher Industrieller und Finanzleute verursacht worden sei, die daraus Profit hätten ziehen wollen, aber jetzt selbst die Kontrolle über die Entwicklung der Mark verloren hätte.

## „Nur“ Volksparteiler.

Zu unserer am 6. Juli veröffentlichten Notiz „Wie sie der Republik dienen“ wird uns von der Pressestelle des preussischen Staatsministeriums geschrieben, daß der in der Notiz genannte Staatssekretär im preussischen Justizministerium Dr. Mägel keineswegs Vorsitzender eines deutschnationalen Wahlvereins sei, ja, dieser Partei überhaupt nicht angehöre, sondern Mitglied der Deutschen Volkspartei sei, sich aber jeden politischen Hervortretens enthalte.

## Urteil gegen die Linken Sozialrevolutionäre.

Nach wochenlanger Dauer ging am 3. Juli der Prozeß gegen die sieben linken Sozialrevolutionäre, die der Jugendgerichtshof der Partei beschuldigt wurden, vor dem Obersten Revolutionstribunal in Moskau zu Ende. Die Genossen Gan, Elisjef und Filatoff wurden zu drei Jahren Zuchthaus und die übrigen vier zu je einem Jahre Zuchthaus verurteilt.

## Der 11. August Nationalfeiertag.

Die Koalitionsparteien haben im Reichstag folgenden Antrag in Form eines Beschlusses eingebracht: § 1. Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der Verfassungstag (11. August). Er ist staatlich anerkannter Feiertag im Sinne des Artikels 139 der Reichsverfassung. § 2. An dem Nationalfeiertag sind im Gebiet des Deutschen Reiches alle öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen und in allen Schulen für Lehrer und Schüler verbindliche und der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten.“

## Erkenntnis durch Erfahrung.

Zur politischen Situation.

Wie schwach ist doch das Wort! Um einer Erkenntnis zur Anerkennung zu verhelfen, sie zur Richtschnur des Handelns der Massen zu machen, verjagt das bloße Wort völlig. In Tausenden von Reden und Artikeln mag man die Wahrheit in die Welt hinausfahren; kommt die Stunde, in der das Wort Wegweiser sein sollte, ist es vergessen, als wäre es nie gesprochen. Es wird eben meist nur verstandesmäßig aufgenommen, sein Inhalt ist nicht erlebt, nicht innerlich erworben und erlämpft. Nicht Worte und abstrakte Lehren, und mögen sie noch so sehr in Einklang stehen mit den Tatsachen, nur die Tatsachen selbst, nur das eigene Erleben nur die nächste praktische Erfahrung bestimmt das Handeln der Massen. Erst aus der Praxis quillt ihnen die Theorie, nicht umgekehrt. Dem Politiker muß das stets gegenwärtig sein, wenn er sich vor Täuschungen und Illusionen bewahren will.

Jahrzehntelang hatte die Sozialdemokratie den Weltkrieg, seine Greuel und Verwüstungen, seine vernichtenden Wirkungen für die Völker vorausgesagt. Aber die jetzige Generation hatte keinen Krieg erlebt, kannte seine Schreden nicht aus eigener Erfahrung. Als die Kriegesurie entfesselt war, taumelten die Massen in das Verderben hinein, als wenn sie nie vor ihm gewarnt worden wären. Im Kriege hat unsere Partei das Ende mit Schreden immer wieder vorausgesagt, wenn dem Sprechen ohne Ende nicht rechtzeitig ein Ziel gesetzt würde. Aber wie die Motte um das Licht tanzte die vom Kriegswahn sinn besessene Masse blindlings und toll bis zur völligen Erschöpfung um den Söhen des Militarismus. Erst sein Zusammenbruch und Sturz brachte die Erleuchtung, das fürchterliche Erwachen der Millionen.

In der Revolution dieselbe Erscheinung. Vergebens hat unsere Partei ihre Stimme erhoben gegen das vertrauensselige Politikern mit den Stügen des alten Systems. Es ist doch geschehen, weil man die in Büchern aufgeschriebene Erkenntnis aus früheren Revolutionen nicht in eigenem Erleben erworben hatte. Man bildete sich ein, jede Gefahr der Wiederaufrichtung des alten Systems sei vorüber, wenn man nur mit seinen gestürzten Vertretern menschlich verfuere und mit ihnen gemeinsam arbeite. Erst der Kapp-Putsch zerstörte diese Illusion. Parallel mit ihr hatte, aller theoretischen Erkenntnis zum Trotz, der entgegengelegte Wahn einer lediglich vom proletarischen Nachwuchs abhängigen sofortigen Umwälzung der Gesellschaft die Hirne breiter Arbeiterkreise erfüllt. Unser Warnruf verhallte, selbst das Opfer der Spaltung unserer Partei vermochte das Verhängnis nicht zu bannen. Im März-Putsch des Vorjahres brach der proletarische Gewaltwahn zusammen. Grausamste Erfahrung erst führte zu der Erkenntnis, die wir vorher tauben Ohren so oft gepredigt hatten. Also wieder: erst Massenerfahrung schafft Massenerkenntnis, erst Tatsachen vermitteln Theorien, erst Taten verfeihen Worten zündende Wirkung.

In ewiger Wiederholung dasselbe Bild. Die letzten Wochen vor dem Mord an Rathenau haben wir in der Presse und im Parlament in Schrift und Wort warnend und mahnend hingewiesen auf „kommende Dinge“. Vergebens. Die Schüsse im Grunwald, die meuchelmörderische Tat erst hat blutig das Bewußtsein, die Erkenntnis von der konterrevolutionären Gefahr aufstammen lassen.

Im Proletariat schlummerte zwar das Gefühl, daß seine Zersplitterung die Hauptquelle seiner heutigen Ohnmacht ist, aber der Angriff der Reaktion erst hat den Willen zum Zusammenschluß, zur einheitlichen Aktion ausgelöst. Was alle wohlmeinenden „Einigungsapostel“ mit tausend Zungen nicht vermochten, das Attentat auf die Republik hat im Ru die Einigkeit zum Kampf hergestellt. Wer sie stört, steigt beiseite.

Der Anschauungsunterricht durch die Tat ist überhaupt das Kennzeichen der jetzigen Situation. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der wird jetzt durch die Tatsachen dazu gezwungen. War haben das dauernde politische Zusammenarbeiten, insbesondere eine Regierungskoalition unserer Partei mit kapitalistischen Parteien wegen des Klassengegensatzes stets für unmöglich erklärt. In Wort und Schrift haben wir diesen Standpunkt vertreten. Unser letzter Parteitag hat ihn niedergelegt in einem Manifest; eine Preßpolemik, die erst eben vererbt ist, hat ihn als Gemeingut der überwältigenden Mehrheit der Partei erwiesen. Aber in unserem proletarischen Nachbarlager rechts von uns haben große Arbeitermassen diesen Standpunkt für einen Irrtum gehalten, haben uns gesagt, in Folge des Wandels der Verhältnisse und der Anschauungen der bürgerlichen Mittelparteien sei unsere Auffassung, die ihre Wurzel in der Vorkriegszeit habe, heute überholt. Sie haben uns im gegenwärtigen Kampfe zum Schutz der Republik aufgefordert, an ihrer Seite in die Regierung einzutreten, um den proletarischen Einfluß in der Exekutive zu stärken. Wir haben ihnen geantwortet, daß wir das Bestehen einer Ausnahmezustand, in der Ausnahmemaßnahmen notwendig sind, auch unsererseits anerkennen. Wir seien deshalb bereit, ehrlich die Probe auf das Exempel zu machen, für das niemals günstigere Vorbedingungen denkbar seien.

Und was erleben wir? Die bürgerlichen Mittelparteien schauern zurück vor einer Koalition mit uns. Selbst in dieser Ausnahme-situation, in der es sich um Kopf und Kragen der Republik handelt, beherrscht sie ausschließlich der soziale Klassen-gegensatz, die Angst vor dem Proletariat und dem Sozialismus, wie wir es stets behauptet haben. Sie richten ihre Blicke hilflos nach rechts und suchen Anschluß bei der erbittertesten Feindin der Republik und des kämpfenden Proletariats, der Partei des Großkapitalismus par excellence. Noch sind die Würfel der Entscheidung nicht endgültig gefallen, aber mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit wird durch das Experiment der Beweis für die Richtigkeit des Standpunktes selbst in der jetzigen Ausnahme-situation erbracht werden, den unsere Partei in dieser Frage bisher vertreten hat.

Probieren geht über Studieren, die Tat ist beweiskräftiger als das Wort. In diesem Falle standen für uns bisher schon hinter dem Wort überreiche Erfahrungen. Der Wert unseres Experiments wird vor allem darin bestehen, daß es dieselbe Erkenntnis auch in unserer rechtssozialistischen Nachbarpartei zum Durchbruch bringt und dort den Willen auslöst, daraus diejenigen Konsequenzen zu ziehen, die die gegenwärtige politische Ausnahme-situation erheischt: Die dauernde Kampf-gemeinschaft des sozialistischen Gesamtproletariats über alle anderen Erwägungen zu stellen.

### Internationale Solidarität.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Amsterdam) tagte am Sonntag in Berlin in einer außerordentlichen Sitzung, die sich in der Hauptsache mit der Frage befaßte, in welcher Weise die im IGB organisierte Arbeiterschaft aller Länder dem deutschen Proletariat in seinem Kampfe gegen Reaktion und Monarchismus und zum Schutze der Republik wirksame Unterstützung leisten könne.

Das Bureau des IGB nahm mit Befriedigung Kenntnis von den Maßnahmen, die von der deutschen Arbeiterschaft bisher getroffen wurden, und von ihrer Bereitschaft, mit allen ihren Kräften und im Notfall durch Anwendung auch des äußersten Mittels die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und zu sichern.

Das Bureau des IGB beschloß, den Kampf des deutschen Proletariats für die Aufrechterhaltung der Republik mit allen Mitteln, parlamentarischen und außerparlamentarischen, zu unterstützen. Zu diesem Zwecke richtete das Bureau eine Aufruf an alle dem IGB angeschlossenen Landeszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, worin diese aufgefordert werden, in ihrem Lande den größtmöglichen Einfluß auf alle in Frage kommenden Anstalten dahin auszuüben, daß alles unterlassen wird, was die monarchistische und reaktionäre Propaganda in Deutschland stärken könnte, und daß andererseits alles getan wird, um die demokratischen und republikanischen Bestrebungen zu unterstützen und zu stärken.

Das Bureau beschloß ferner auf Wunsch des Vertreters des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die sozialistische Zweite Internationale und die internationale Arbeiterschaft sozialistischer Parteien (Wien) zu einer gemeinsamen Besprechung einzuladen, zu dem Zwecke, eine einheitliche Aktion aller Arbeiterorganisationen herbeizuführen zur Bekämpfung der Reaktion in Deutschland und zur Verteidigung seiner republikanischen Verfassung. Diese gemeinsame Tagung der Vorstände der drei proletarischen Internationalen soll am 1. Juli in Amsterdam stattfinden und außer zu der Frage des Schutzes der deutschen Republik auch Stellung nehmen zur Frage der Abänderung des Versailler Friedensvertrages und zur Reparationsfrage.

Wir begrüßen die tatkräftige Unterstützung des deutschen Proletariats durch die Gewerkschaftsinternationale auf das freudigste.

### Hindus als Streikbrecher

New-York, 10. Juli. Nach einer Meldung aus Chicago fängt der Streik der Eisenbahner an, eine bedrohliche Wendung anzunehmen. Im Staate New-York sind ernstliche Unruhen ausgebrochen, da die Eisenbahngesellschaften Hindus eingestellt haben, um die Ausführenden zu ersetzen. Im Staate Illinois haben die Truppen alle wichtigen Bahnhöfe besetzt. Die Nationalgarde ist im Staate Missouri mobilisiert worden. In mehreren anderen Staaten stehen andere Maßnahmen bevor.

### Kommunistische Siege.

Ein offenes und sehr deutsches Wort.

Berliner KPD. „radikal“ nach Rostau:

„Großer Stog! Berräter Levi verächtlich fluchtartig das Sozial. Ostroski widerlegt den Berräter unter dem Jubel der Berliner Arbeiter. Einstimmige Annahme des Beschlusses, die Berräter Levi und Hoffmann nirgends reden zu lassen. Die KPD. marschiert.“

Rostauer KPD. „radikal“ nach Berlin:

„Verteidiger der menschewistischen Berräter und Verbrecher legen die Verteidigung nieder und verlassen fluchtartig Rostau.“

Wer will noch zweifeln, daß dieser Kommunismus sich entwickelt, marschiert, floriert? Von Sieg zu Sieg schreiten diese Art Kommunisten, wie einst Wilhelm der Großmächtige und Lubendorff.

Diese täglichen Siegesnachrichten erhalten die Stimmung und täuschen der Masse vor, „man breitet sich aus, die Einheitsfront bildet sich unter der glorievollen kommunistischen Führung zu einem immer festeren Ball.“

Wie man sich räuspert, wie man spuckt, das hat man Lubendorff glücklich abgekauft.

Wägen Barneschlächen verloren gehen, möge die Bourgeoisie und der Kapitalismus in Sachsen, Thüringen, Braunschweig triumphieren. Was kommt's darauf an, wenn man es versteht, Vorpostengeplänkel, Ueberfälle und Feigheiten in große Siege umzuwandeln. So dachte Lubendorff, so denken seine Nachfolger, die „Helden“ der KPD.

So agiert die KPD. hier und in Rußland. So lange Dumme darauf reinfallen, „Napp's prächtig“. Bei Lubendorff hat es 4 1/2 Jahr „gekloppt“, dann brach das stolze Lügegebäude zusammen und noch heute liegt die hohe Welt unter den Trümmern begraben und sucht sich mühselig wieder auf die Beine zu stellen.

Das durch Lügen und Kriegsanleihen aufgebaut Kartenhaus mußte in sich zusammenfallen, wie jedes auf innere Unwahrhaftigkeit und Pumm erriethete Unternehmen. Schwindelbauten haben eine kurze Lebensdauer.

Durch zwei Dinge kann sich der Kommunismus nicht am Leben halten. Über diese beiden Dinge verlängern das politische Leben der KPD. Nachhahler: Der tolle Rubei und der durch ihn unterstützte Lügenstog.

Seit der Gründung der KPD. wurde von alten, ehrlichen und erfahrenen KPD-Anhängern immer wieder geordert, die Partei müsse sich auf eigene Füße stellen. Gewiß ist dagegen nichts einzuwenden, wenn die Partei eines Landes die des anderen in ihrem Kampfe unterstützt. Das aber darf nicht so weit gehen, daß es zur Korruption führt, daß nicht mehr grundsätzlich Politik getrieben, sondern mit Grundrissen hazard gespielt wird.

Selbst, wenn man darüber nicht streiten will, was grundlegend

### Schlusswinkel der Kappisten.

Bemerkenswerte Angaben über die Unterstützung und Förderung, die die bayerischen Behörden den Kappisten zuteil werden lassen, machte unser Genosse Bärwinkel in der Sitzung des thüringischen Landtages vom 5. d. M. auf Grund seiner Wahrnehmungen, die er als Ministerialdirektor des thüringischen Wirtschaftsministeriums bei einer Beratung der Vändervertreter in Nürnberg gemacht hat. Er führte aus:

„Gestern fand auf Veranlassung des Reichs eine Beratung statt, an die sich ein Lichtbildervortrag anschloß. Dieser Lichtbildervortrag zeigte uns die neuen Erschießungsarbeiten im Fränkischen Jura. Der Vortragende, ein bayerischer Oberregierungsrat Nisch, der Leiter dieser Arbeiten, gebrauchte die Bezeichnung: In diesen Hütten (im Fränkischen Jura) sind auch längere Zeit Offiziere beherbergt worden. Und als dann ein Putsch kam und sich die Herren nicht mehr ganz sicher fühlten, sind sie in eine sichere Gegend des südlich gelegenen bayerischen Oberlandes abgereist. Da mich die Sache interessierte, stellte ich nach dem Vortrag an den Herrn Regierungsrat die Frage, was denn für Offiziere in den Hallen des Arbeitskommandos da oben im Fränkischen Jura beherbergt worden wären, und da erklärte mir der Herr Oberregierungsrat: „Das war die Ehrhardt-Brigade! Dort haben nicht nur die Offiziere gewohnt, sondern wir haben auch die Mannschaften aufgenommen und sie eine ganze Zeitlang als Erwerbsthose beschäftigt. Bei uns hat auch Herr von Jagow ein ganzes Jahr gewohnt.“ Als ich dann fragte, ob denn auch Ehrhardt selbst da gewohnt hat, da mußte der Herr doch etwas gemerkt haben und er sagte: „Nein. — Ehrhardt selbst war nicht bei uns, sondern nur Herr von Jagow.“

Angelehnt dieser Angaben unseres Genossen Bärwinkel erscheint das Verhalten des bayerischen Ministerpräsidenten Graf von Lerchenfeld, der sich gegen die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik so energisch wehrt und „sein“ Bayern so gern als Ordnungstaat hinstellt, höchst sonderbar.

### Schützer der Provokateure.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht den Wortlaut der Interpellation, die die Stressemänner im Reichstag über die Darmstädter Vorgänge bei der Demonstration am 27. Juni eingebracht haben. In dieser Interpellation wird dem Rechtssozialisten Dr. Strecker, dem früheren Unterrichtsminister, die Bezeichnung in den Mund gelegt: „Bos Hefflicher in Berlin, sind hier Dingeldey und Dr. Mann“ (Führer der Deutschen Volkspartei im hessischen Landtag). Weiter heißt es in der Interpellation, Dr. Dingeldey sei zwei Stunden lang unter Faust- und Steinschlägen durch die Straßen Darmstadts geschleift worden.

Die Interpellanten machen sich ihre Aufgabe nicht nur sehr leicht, sondern sie handeln auch wider besseres Wissen. Der „zwei Stunden lang unter Faust- und Steinschlägen durch die Straßen Darmstadts geschleifte“ Dingeldey war am nächsten Tage schon wieder so mobil, daß er im Landtag erscheinen konnte, ohne daß auch nur Zeichen einer Rißhandlung an ihm sichtbar waren. Aber nicht genug damit, ist es den Interpellanten wohl bekannt, daß die Vorgänge in Darmstadt nur die Folgen der unerschämten Provokation waren, die sich die nationalliberalen Kreise in Darmstadt kurz vor der Demonstration geleistet hatten. Nur eine dieser Provokationen sei hier festgehalten: Etwa zwei Wochen vor der Ermordung Rathenaus wurde im Eisenbergviertel in Darmstadt der Eisenbahner Peter Rahlert auf dem Heimweg von dem Kommandanten der Vereinigung „Selbstschutz im Eisenbergviertel“, einem Baron von Helmolt-Holtensen, angehalten, beschimpft, mit einem Gummirollen bearbeitet und schließlich in den Unterleib geschossen. Dieser Schießwund blieb nicht nur auf freiem Fuß, sondern er behielt auch seinen Wessenschein, so daß er weitere ähnliche Heidentaten verüben kann. Und obendrein ernannte ihn der Selbstschutz im Eisenbergviertel in einer Festigung zum Ehrenmitglied und überreichte ihm für seine Tat ein Diplom. Kein Wunder, daß die Darmstädter Arbeiter über diese Unerschämtheiten erregt waren, und weiter kein Wunder, daß sie am Tage der Demonstration nach der Wohnung des Helmolt-Holtensen zogen. Da dieser Herr ausgerückt war, wandte sich der Zorn der Demonstranten gegen die im gleichen Viertel wohnenden deutschsozialistische Abgeordneten Dr. Mann und Dingeldey, in denen sie Beschützer des Helmolt-Holtensen erblickten. Die Ausschreitungen gegen die beiden letzten sind sicher beklagenswert. Aber die Deutsche Volkspartei, deren Darmstädter Organ den Ueberfall des Helmolt-Holtensen auf den Eisenbahner Rahlert zu entschuldigen versuchte, hat sicher keinen Anlaß, sich nunmehr über das Eindringen der Demonstranten in die Wohnungen Manns und Dingeldeys zu beschweren. Um so weniger, als in Darmstadt in der letzten Zeit sich Verhältnisse herausbildeten, die lebhaft an das München der Ruhr und Pöchner erinnern.

Politik ist, eines dürfte jedem Menschen mit Verantwortungsgesühl selbstverständlich sein: daß man von einem Lande, in dem Millionen unter schwerster Hungersnot leiden und Zehntausende buchstäblich verhungern, nicht große Summen annehmen kann, während man zu gleicher Zeit für die Hungernenden in diesem Lande um Unterstützung bettelt und — pragentual — dafür kaum nennenswerte Summen aufbringt.

Auf dem KPD-Parteitag in Jena war von Anhängern der sogenannten Linken der Antrag gestellt:

„Angelehnt der fürchterlichen Hungersnot in Rußland auf jede weitere Unterstützung von dort zu verzichten und die russischen Gesinnungsgenossen zu bitten, die Summen für die Hungernenden zu verwenden.“

Der Antrag wurde in einer geheimen Sitzung nach Auskunft der Zentrale der KPD. abgelehnt, weil „alles zu Grunde gehen müßte, wenn die Zuschüsse aus Rußland aufhörten.“

Wir sagen im Kampfe gegen die Kirchen stets mit Recht: Kirchen-gemeinden, die ohne Staats- und Gemeindegeldzuschüsse nicht bestehen können, haben keine Existenzberechtigung.

In wie erhöhtem Maße trifft dies für eine Partei zu.

Wenn aber in einem Lande wie in Rußland Tausend und Aber-tausende an Hunger zugrunde gehen, ist es selbstverständlich Ehren-pflicht, von dort nicht einen Kopfen, geschweige denn viele Millionen Mark anzunehmen. Für das Land, welche sie erhält, zeigt sich aber die unangenehme Nebenwirkung, daß sich allerlei zweifelhaftes Elemente an diese Subventionierten herandrängen, die ihren Beschäftigungsnachweis als wüßteste Schmeier und Lärmer nur erbringen, um ungestört die so gefüllten kommunistischen Taschen zur Aber zu lassen und auszuplündern.

Diese Geister, die man auch ungerufen nicht los wird, sammeln dann robandulstige Stoßtrupps um sich, zu denen sich oft genug allerlei zweifelhaftes und im Trüben fischende Gesellen schloßen. Man zieht im ganzen Lande von einer Arbeiterversammlung zur anderen und reißt jeden, auch wenn er ein ganzes Menschenalter treu zur Sache gestanden hat, herunter. Wer gestern noch „alter verdienster Kämpfer der Revolution“ war, aber verbrecherische Politik befolgte, wird heute als Feigling, Lügner, Verräter beschimpft, selbst dann, wenn er nach so vorläufig das Treiben verbrecherischer und lichtscheuer Gesellen läßt, um nicht ehrliche, revolutionäre Kämpfer dabei zu gefährden. Er wird mit 10 bis 20 geliebten Schreibern niedergebrellt.

Der Erfolg? Tausende und Aber-tausende ehrlicher Gesinnungsgenossen stellen sich, angelehnt von diesem Treiben, abseits. Die mörderische Geheimverbände aber, die auf der Lauer liegen, um im geeigneten Moment die letzten, wirklich wichtigen revolutionären Kämpfer abzuwürgen, sind die folgenden Dritten.

### Mörder-solidarität.

EB. Budapest, 8. Juli. Der Verein der Erwachenden Ungarn hat durch Vermittlung des ungarischen sozialdemokratischen Abgeordneten Bayer (?) sich mit der Bitte an die Zweite Internationale gewandt, bei der deutschen Regierung dafür einzutreten, daß sie den Attentätern Rathenau und Hardens ungarische christliche Verteidiger stellen möge. Der Verein beruft sich darauf, daß die Zweite Internationale bei einer anderen Regierung, der russischen Sowjetregierung, bereits für eine solche Maßnahme eingetreten sei und auch erwirkt habe, daß zur Verteidigung der Sozialrevolutionäre ausländische Verteidiger zugelassen wurden. Der Verein spricht die Hoffnung aus, daß die Zweite Internationale auch diesmal in der gleichen Weise vorgehen werde.

Die Solidarität der „Erwachenden Ungarn“ mit den Rathenau-Mördern kennzeichnet beide. Im übrigen besteht zwischen den in Rostau angeklagten Sozialrevolutionären und den Rathenau-Mördern der gewaltige Unterschied, daß erstere Politiker sind, die, selbst wenn sie an Terrorakten beteiligt gewesen sein sollten, aus idealen politischen Motiven gehandelt hätten, während die Rathenau-Mörder gedungenen Stroche sind, die sich aus materiellen persönlichen Gründen verlaßt haben, einen Menschen abzuschlachten.

### 10 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Am 3. Juli 1922 abends gegen 8.30 Uhr wurde der Schriftsteller Maximilian Harden auf dem Heimwege von einem Spaziergang kurz vor seiner Wohnung in der Dachsbergstraße im Grunewald von rückwärts überfallen und durch Schläge mit einem sogenannten Totschläger schwer verletzt. Täter sind:

1. Der landwirtschaftliche Beamte Herbert Belchardt aus Oldenburg, der sich bereits im Gemach der Polizei befindet,
2. der Kaufmann, früherer Oberleutnant Walter Anfermann, 21. April 1892 in Königsberg i. Pr. geboren, in Oldenburg, Bahnhofsweg 3 wohnhaft, zuletzt in Berlin-Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 57, Gartenhaus 3 Treppen, bei Frau Brüdner unangemeldet aufhältlich gewesen.

Anfermann, der im Berliner Westen unter dem Namen Hagen auftrat und zurzeit flüchtig ist, wird wie folgt beschrieben: etwa 1,70 Meter groß, mittelkräftige Gestalt, blondes zurückgekämmtes, etwas gelichtetes Haar, oboles, gebräuntes Gesicht, Anflug von Schnurrbart, besondere Kennzeichen: Wensurnarben auf der linken Kinnsseite. Bekleidet war Anfermann zur Zeit der Tat mit graubraun meliertem einreihigen auf Taille gearbeiteten Anzug, weißen Stehragen mit umgebogenen Eden, dunklem schmalen gebundenen Selbstbinder und dunklem weichen Filzhut.

Obige Belohnung von 10 000 M. wird demjenigen zugesichert, der zur Ergreifung des Täters beiträgt.

Mittelungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, sind zu richten an das Polizeipräsidium Berlin, Abteilung IA, Haus-anruf 305, 300 und 617.

### Zuspitzung der Lage im Haag.

CC. Haag, 10. Juli.

Die Lage im Haag hat sich außerordentlich zugespitzt. In französischen Delegationskreisen wird angenommen, daß der heutige Tag für das Schicksal der Konferenz entscheidend sein könnte. Heute werden die nicht-russischen Mitglieder der Kommission für Privateigentum zusammenzutreten und dabei den Standpunkt der verschiedenen Regierungen zur Lage bekanntgeben. Einheitslicher Anschauung sind übrigens die verschiedenen Delegationen durchaus nicht. Einige erklärten, daß man den öffentlichen Erklärungen der Russen nicht allzuviel Bedeutung beilegen solle und daß deshalb die Besprechungen fortgesetzt werden könnten, weil man sich um die Prinzipien der russischen Politik nicht kümmern sollte. Andere Delegationen, darunter auch die französische, sind der Anschauung, daß die Beratungen im Haag die Situation neu geklärt hätten und daß weiteres Verhandeln zu keinem Erfolge führen würde. Da die Russen während der bisherigen Besprechungen ständig über Prinzipien diskutierten, so hat die ganze Debatte politischen Charakter angenommen und gehört daher in den Bereich der Regierungen. Infolgedessen glaubt man, daß die französische Regierung heute noch Beschlüssen, die ihr gefehlt von Poincaré zugingen, erklären wird, daß sie bisher wiederholt Beweise ihres guten Willens gegeben und immer wieder befundet habe, wie sehr sie ein volles Einvernehmen unter allen Mächten aufrechtzuerhalten wünsche, daß aber der von den Sowjetvertretern bisher eingenommene Standpunkt vollkommen unvereinbar sei mit den Grundrissen, die Poincaré in seinem Memorandum vom 12. und 6. dargelegt habe, und daß infolgedessen unter diesen Bedingungen — wenn nicht eine radikale Aenderung in der Haltung der russischen Abordnung einträte — eine weitere Anwesenheit der französischen Abordnung im Haag überflüssig geworden wäre.

Da sieht man mit der alten römischen Parole „teile und herrsche“ immer neue Provokateure in die „Stoßtrupps“, die, manchmal von zwei Seiten bezogen, natürlich doppelten Zerstörungseifer entwickeln, um ihren Auftraggebern besondere Befähigung nachzuweisen, auf daß sie, wenn ein Gebiet verwüstet ist, Anwartschaft auf das nächste haben.

In dieser Weise ziehen die Kommunisten mit der Parole „Einheitsfront“ von Sieg zu Sieg.

Wie lange will sich die denkende Arbeiterschaft dieses wahn-wählige und verbrecherische Treiben gefallen lassen?

Energisches Wollen der ehrlichen revolutionären Arbeiter würde diesen paar Duzend Patronen schnell das Handwerk legen, wenn man sie, sowie sie in den Versammlungen zu toben und zu „slegen“ anfangen, in aller Ruhe, aber mit aller Energie an die frische Luft setzt und damit kalt stellt, auf daß die angelehnt der drohenden Reaktion so dringende notwendige wirkliche Einheitsfront des Proletariats endlich geschlossen werden kann. Die sprunghafte Reaktion läßt dazu nur noch wenig Zeit. Ein Warnungszeichen fehlt es wahrlich nicht.

Ihr seid gewarnt. Denkt und handelt!

Hitzschlag und Sonnenstich. Im Publikum werden Hitzschlag und Sonnenstich häufig miteinander verwechselt. So sehr aber beide in ihrer Entstehung sich gleichen, so verschieden ist ihre Entstehungsursache. Der Hitzschlag kommt durch eine Art Wärme-stimmung im Körper zustande, besonders bei angestrengter Arbeit, bei ungewöhnlich gewählter — dunkler oder enganliegender — Kleidung, zumal wenn dem Organismus zu viel feste und zu wenig flüssige Nahrung zugeführt wird. Bei an heißen Tagen zu viel ist, reizt seinen Körper über Gebühr, und wird nicht in irgendeiner Form für die Entwärmung des Körpers gefordert, so wird die bereits erhöhte Eigenwärme so weit gesteigert, daß es zu bedenklichen Krankheitserscheinungen kommen kann. Der Hitzschlag entsteht also durch eine Hemmung der Wärmeabgabe. Beim Sonnenstich handelt es sich um eine starke Erhitzung des Körpers durch direkte Sonnenstrahlung. Mancher einer huldigt der Gewohnheit, an heißen Tagen lange mit entblößtem Kopf in der Sonne zu bleiben. Besonders wenn der Haarwuchs ein spärlicher ist, und wenn zur Mittagszeit die Sonnenstrahlen senkrecht auffallen, erfolgt eine Reizung der Hirnhäute, welche bei abnormer Steigerung der Körperwärme den augenblicklichen Tod zur Folge haben kann.

### Tageduquien.

Die E.T.A. Hoffmann-Anschauung der Staatschlichter: Nicht auf viel-fach geübten Wägen und wegen des heißen Fußbodens noch weitere auf Tag, währendlich von 5-3 Uhr, geübt. Außerdem ist es am Sonntag, den 12. Juli (dem letzten Tage der Festung), von 11-1 Uhr ausgestellt. Sonntag finden durch Besuche des Reichstages Anträge statt. **Wichtig!** Die KPD. teilt uns mit, daß es Ernst Tolles Drama „Die Kolonial-händler“, das am 1. Juli im Theater Schauspielhaus zur Aufführung gelangte, bereits im vorigen Jahre in mehreren deutschen Städten mit großem Erfolge unter dem Titel „Die Rabbinen“ vorgeführt hat.

# Gesetz zum Schutz der Republik

Der Rechtsausschuss des Reichstags trat am Sonntag in die zweite Lesung des Gesetzes zum Schutz der Republik ein. Erledigt wurden zunächst die

## Strafbestimmungen zum Schutz der Republik

Diese Bestimmungen wurden in folgender Fassung angenommen:  
§ 1. Wer an einer Vereinigung oder Verbindung teilnimmt, zu deren Bestimmungen es gehört, Mitglieder einer republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes durch den Tod zu befehlen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Ist im Verfolg dieser Bestrebungen eine Tötung begangen oder versucht worden, so wird jeder, der zur Zeit der Tat an der Vereinigung oder Verbindung beteiligt war und ihre Bestrebungen kannte, mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

§ 1a. Wer an einer geheimen Verbindung der in § 128 Strafgesetzbuches bezeichneten Art teilnimmt, wird mit Zuchthaus bestraft, wenn die Verbindung eine in § 1 Absatz 1 genannte Bestrebung verfolgt.

§ 1b. Der Teilnehmer an einer in den §§ 1, 1a bezeichneten Vereinigung, Verbindung oder Verbindung bleibt straffrei, wenn er der Behörde oder der bedrohten Person von dem Bestehen der Vereinigung, Verbindung oder Verbindung, von den ihm bekannten Mitgliedern und ihrem Verbleib Kenntnis gibt, bevor in Verfolgung der Bestrebungen der Vereinigung oder Verbindung eine Tötung begangen oder versucht worden ist.

§ 1c. Dem Teilnehmer an einer in den §§ 1, 1a bezeichneten Vereinigung, Verbindung oder Verbindung steht gleich, wer die Vereinigung oder Verbindung oder einen an der Verbindung Beteiligten mit Rat oder Tat, insbesondere mit Geld unterstützt.

§ 1d. Wer einen anderen begünstigt, der eine in § 1 Absatz 1 genannte Person vorständig getötet oder zu töten versucht hat oder wer an einer solchen Tat teilgenommen, wird mit Zuchthaus bestraft.

§ 1e. Wer von dem Dasein einer vorbezeichneten Vereinigung, Verbindung oder Verbindung oder von dem Plan, eine in dem § 1 Absatz 1 genannte Person zu töten, Kenntnis hat, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, wenn er es unterläßt, von dem Bestehen der Vereinigung, Verbindung oder Verbindung, von den ihm bekannten Mitgliedern, ihrem Verbleib oder von der geplanten Tötung und der Person des Täters der Behörde oder der bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben. Diese Vorschriften finden keine Anwendung, wenn die Anzeige von dem Ehegatten, den Eltern oder den Kindern oder von einem Geistlichen hätte erstattet werden müssen.

Zur Todesstrafe erklärte Genosse Rosenfeld für die unabhängige Sozialdemokratische Fraktion, daß wir die Abschaffung der Todesstrafe überhaupt fordern. Er beantragte, die Todesstrafe in allen Gesetzen, in denen sie vorgehoben ist, für abgeschafft zu erklären. Ferner führte er aus, die Herren, die nicht wollen, daß die Todesstrafe in dieses Gesetz hineinkommt, mögen die Todesstrafe überhaupt abschaffen. Wenn unser dahingehender Antrag abgelehnt wird, werden wir unsere Bedenken dagegen, die Todesstrafe in dieses Gesetz aufzunehmen, fallen lassen.

Für den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe stimmte außer den beiden sozialdemokratischen Fraktionen nur noch der Abg. Schäfer (Dem.). Der Antrag ist somit abgelehnt.

§ 2 des Gesetzes erhielt folgende Gestalt:  
Mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft:

1. Wer gegen Mitglieder der republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes einen Angriff auf Leib oder Leben (Gewalttätigkeit) begeht, oder mit einem anderen verabredet, oder zu einer solchen Gewalttätigkeit auffordert.

2. Wer einen anderen, der als Mitglied einer republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes durch eine gegen ihn gerichtete Gewalttätigkeit getötet worden ist, öffentlich oder in einer Versammlung verleumdet oder beschimpft.

3. Wer öffentlich oder in einer Versammlung ein Verbrechen gegen § 1, einen Hochverrat oder Gewalttätigkeiten, die gegen Mitglieder einer Regierung begangen worden sind, verherrlicht, ausdrücklich billigt oder den Täter oder Teilnehmer einer solchen Tat begünstigt.

4. Wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung teilnimmt oder sie oder im Dienst der Bestrebungen ihre Mitglieder durch Rat oder Tat, insbesondere mit Geld unterstützt.

Ferner wurden auf Antrag der beiden sozialdemokratischen

Fraktionen nach Begründung durch die Genossen Wessel (Soz.) und Leol (U.-Soz.) folgende Bestimmungen zugefügt:

5. Wer einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung sich anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbefugte Waffen besitzen.

6. Wer von dem Vorhandensein eines verborgenen Waffenslagers Kenntnis hat und es unterläßt, hierauf Anzeige zu machen.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen beantragten ferner, denjenigen zu bestrafen, der auf Errichtung der Monarchie im Reich oder in Ländern gerichtete Bestrebungen öffentlich in einer den Frieden gefährdenden Weise zu fördern unternimmt oder die früheren Reichsfarben in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zur Schau trägt oder stellt.

Dieser Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

§ 2a wurde in folgender Fassung beschloffen:

Mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, neben dem auf Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkannt werden kann, wird bestraft:

1. Wer öffentlich oder in einer Versammlung die verfassungsmäßige republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes beschimpft oder dadurch herabwürdigt, daß er Mitglieder der Regierung verleumdet oder beschimpft.

2. Wer öffentlich oder in einer Versammlung die Reichs- oder Landesfarben beschimpft.

Genosse Rosenfeld begründet einen Zusatzantrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, nach dem ausgesprochen werden sollte, daß republikanische Staatsform im Sinne dieses Gesetzes der Inbegriff derjenigen Verfassungsbestimmungen ist, in denen der republikanische Staatsgedanke in seinem Unterschiede von der früheren Staatsform Ausdruck findet. Mit diesem Antrag sollte die Anwendung des Gesetzes gegen links verhindert werden. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt.

In seinen weiteren Strafbestimmungen sagt das Gesetz, daß in gewissen Fällen auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgehenden Rechte, bei Beamten und Militärpersonen auf Verlust von Gehalt und Ruhegehalt erkannt werden kann.

Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik.

Bei der Zusammensetzung dieses Gerichtshofes gelang es den beiden sozialdemokratischen Fraktionen, einen wesentlichen Verbesserungsvorschlag zur Annahme zu bringen. Es wurde beschloffen, daß der Gerichtshof nicht aus 3 Reichsgerichtsräten und 6 Laien, sondern aus

## 2 Reichsgerichtsräten und 5 Laien

sich zusammensetzen soll. Auch das Recht des Reichsgerichtspräsidenten, die Reichsgerichtsräte vorzuschlagen, wurde gestrichen. Dagegen wurde der Reichskommissar als öffentlicher Ankläger abgelehnt und die Vertretung der öffentlichen Anklage wiederum, wie ursprünglich vorgesehen war, der Reichsanwaltschaft übertragen.

Verbot von Versammlungen und Aufzügen.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen machten nochmals den Versuch, eine Reichsexekutive durchzusetzen und dem Reichsminister des Innern das Recht beizulegen, direkt, ohne den Anruf der Landesregierungen, Versammlungsverbote durchzuführen. Dieser Versuch scheiterte an dem geschlossenen Widerstand der bürgerlichen Parteien. Es bleibt also dabei, daß der Reichsminister des Innern nur die Landesregierungen um die Durchführung eines Verbots ersuchen kann.

Ausweisung früherer Landesherren.

Die beiden Parteien der Rechten versuchten, die Ausweisungsbefugnisse gegenüber früheren Landesherren in Wegfall zu bringen. Es gelang aber den bürgerlichen Parteien nur, die Befugnis der Reichsregierung zur Ausweisung früherer Landesherren dahin abzuschwächen, daß die Ausweisung nur möglich sein soll, wenn die Befugnis gerechtfertigt ist, daß die Rückkehr früherer Landesherren nach Deutschland die Sicherheit der Republik gefährdet.

Dauer des Gesetzes.

Die Deutsche Volkspartei machte schließlich noch einen neuen Vorstoß, die Dauer des Gesetzes auf zwei Jahre zu begrenzen. Ein dahingehender Antrag wurde aber abgelehnt. Es verbleibt also bei der Dauer von 5 Jahren.

Damit hatte der Ausschuss die zweite Lesung des Gesetzes beendet. Heute wird der Ausschuss das Amnestiegesetz beraten. Das Gesetz zum Schutz der Republik soll bereits heute im Plenum beraten werden.

## Das städtische Gesundheitswesen.

In der neuesten Nummer (Juni) der Zeitschrift für Soziale Hygiene, Krankenhausa- und Fürsorgewesen bespricht der Berliner Stadtmedizinalrat Dr. Rabnow die dem Krankenhauswesen, besonders in Berlin, drohende wirtschaftliche Krise. Es wird festgestellt, daß die finanziellen Anforderungen der Krankenanstalten unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen und bei der derzeitigen Finanzlage der Gemeinden für diese unerschwinglich zu werden drohen, vorausgesetzt, daß es Aufgabe der Gemeinden ist, die Krankenanstalten auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, woran doch kein vernünftiger Mensch zweifeln kann.

Käuflich darf von sparsamer Wirtschaft nie die Rede sein, wenn Kranke unter der Sparjamkeit leiden würden. Die ungeheuren Zuschüsse aber, die die Gemeinden zu leisten haben und die sich für Berlin bei allen Anstalten auf etwa 300 000 000 M. jährlich belaufen, müssen herabgesetzt werden. Sie fallen um so schwerer für die Stadt ins Gewicht, als diese ja nicht allein auf anderen Gebieten der Kultur, sondern vor allem auf dem Gebiete der gesundheitlichen Kultur sehr große Aufwendungen zu machen hat, und zwar besonders in der Vorbeugungsarbeit (z. B. Verschmutzung von Kindern usw.).

Einer Steigerung der Einnahmen sind Grenzen gezogen insofern, als die Leistungsfähigkeit der Krankentassen, die etwa 23 Proz. der Bevölkerung in der III. Klasse der Anstalten stellen, im Interesse der Volksgesundheit berücksichtigt werden muß, ebenso aber auch die Leistungsfähigkeit der nicht versicherten Patienten, die allerdings für die Alt-Berliner Krankenhäuser wenigstens einen sehr geringen Bruchteil der gesamten Patientenschaft ausmachen. Dieser Bruchteil der gesamten Patientenschaft ist etwa 7 1/2 Proz. und wird bei Ausdehnung der Krankenversicherung noch weiter sinken.

Die großen Ausgabenposten: Ernährung, Heizung, Bekleidung lassen sich nicht verringern. Im Gegenteil wird bei diesen Posten mit einer weiteren Erhöhung gerechnet werden müssen. Den größten Ausgabenposten (etwa zwei Fünftel der Gesamtausgaben) machen die Gehälter und Löhne aus. Gegen das Jahr 1913 hatte sich dieser Posten Ende des Jahres 1921 verdreifacht. Die Einnahmen sind nur verhältnismäßig haben. Käuflich ist diese Steigerung wesentlich darauf zurückzuführen, daß in der Vorkriegszeit die Gehälter und Löhne imstande waren, sich zu erhöhen. Auch die gegenwärtigen Löhne übersteigen keineswegs das Existenzminimum. Sie sind seitdem erhöht worden und werden voraussichtlich noch weiter erhöht werden müssen.

Was den von reaktionärer Seite mit allen Mitteln bekämpften Achtstundentag betrifft, so ist Rabnow der Ansicht, daß dieser auch bei Krankenanstalten beibehalten werden muß und kann, ohne daß die Ausgaben durch ihn gesteigert würden. Wenn man alle arbeitspsychologischen Momente berücksichtigt, so wird man sich sagen müssen, daß die Kürzung der Arbeitszeit auch für das Personal der Krankenanstalten in bezug auf den Wert der Arbeit von Vorteil ist. Aber eine Schematisierung des ungeteilten Achtstundentages

liegt weder im Interesse der Arbeiter, einschließlich des Pflegepersonals, noch im Interesse der Kranken und der Anstalten. Das ist eine Erfahrung, die wiederum mit arbeitspsychologischen Ergebnissen jederzeit erwiesen werden kann. Man wird deshalb an die Frage der Teilung des Achtstundentages für einige Kategorien des Personals in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten herangehen müssen. Der § 2 Abs. 2 des neuen (3) Mantelartikels sieht eine solche Maßnahme vor. Er lautet: Die Arbeitszeit ist eine durchgehende, Abweichungen hiervon können unter Zustimmung der Mehrheit der Arbeitnehmer des beteiligten Betriebes eingeführt werden.

Ein drittes Moment, daß die Wirtschaftlichkeit der Krankenanstalten, die, wie nochmals betont werden muß, im dringenden Interesse der Volksgesundheit liegt, aufs engste berührt, ist ein enges Zusammenarbeiten zwischen den Gemeinden und den Versicherungsträgern und eine bessere Verteilung der von diesen drei Körperschaften ausgenutzten Mittel.

## Aktenmißbrauch bei Mieteinigungsämtern.

Bei gewissen Mieteinigungsämtern scheint es üblich geworden zu sein, die ausgelassenen Akten nach Vergleichen oder Entscheidungen dem Hausbesitzer auszuhändigen, um die Amtsstuben von Aktenraum zu entlasten. In diesen Akten sind aber mitunter auch sehr persönliche Angaben von Mietern enthalten. Durch die Übergabe der Akten erfährt der Hauswirt die persönlichen Auslassungen über ihn, was naturgemäß zu schweren Unzutunlichkeiten führen muß. So haben Hauswirte nach Kenntnis der Akten geäußert: „Wir können noch nicht so wie wir wollen, aber wenn wir erst wieder Herr im Hause sind, fliegen eine ganze Anzahl Mieter raus.“ Die Wirtlicher Hauswirte richtet sich besonders auch gegen die Mietervertreter. Besteht denn für die Mieteinigungsämter nicht die Vorschrift der Aktenverschwiegenheit? Man geht doch sonst bei Behörden mit vertraulichem Akteninhalt nicht so spendabel um.

Bei dieser Gelegenheit sei auch der Mißstand erwähnt, daß bestimmte Vorstände von Mieteinigungsämtern nebenbei auch noch beim Amtsgeschehen als Richter in Mietstreitigkeiten fungieren. Zuweilen handelt es sich um die gleichen Streitigkeiten wie beim Mieteinigungsamt. Solche Richter haben ja im Mietrecht gewiß viel größere Erfahrungen als ihre Kollegen vom Amtsgericht, aber man kann wohl schwerlich erwarten, daß sie sich selbst widerlegen und von ihrer ersten, den Mietern ungünstigen Entscheidung abgehen. Sie sind zur Partei geworden und müssen deshalb in der amtserichterlichen Funktion ausscheiden.

19. Verwaltungsbezirk: Pantow, Niederhohenhausen, Heinersdorf, Buchholz, Blankensee, Aarow, Buch. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde hält jeden Dienstag und Donnerstag in ihrem Bezirk Ferienausflüge und Spiele ab; die Aufgabe unserer Helfer und Helferinnen wird sein, den Kindern unserer Genossen und Freunde

recht fröhliche Stunden zu bereiten. Wie treten mit der Bitte an unsere Genossen und Freunde heran, ihre Kinder recht zahlreich zu uns zu schicken, damit wir unsere Arbeit durch die große Zahl der Kinder geleicht sehen. Anmeldungen nehmen die Konsumgenossenschaften und die Bezirksleiter der sozialdemokratischen Parteien entgegen. Anmeldung und erstes Ferienfest findet Dienstag, den 11. Juli, nachmittags 2—6 Uhr auf dem Spielplatz (Eichhofpark Schönhausen), Restaurant Mandel, neben Schiller, statt. Zweites Ferienfest: Donnerstag, den 13. Juli, nach Teigel. Freibaden im Fließ und Waldspiele. Treffpunkt 8 Uhr 15 Min. Bahnhof Pantow, Nordbahn. Badeanzug und Rucksack mitbringen. Fahrgehalt 2 M., jedoch kein unnützes Geld, da für Erfrischungen gesorgt ist. Eltern herzlich willkommen. Helfer und Helferinnen pünktlich am Orte.

Steglich. Die Kindergruppe der U.S.P. veranstaltet während der Ferien: Jeden Dienstag: Spiele im Grünwald; Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof Steglich. Jeden Freitag: Baden in Rangsdorf; Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof Mariendorf. Jeden Sonntag: Wanderungen. Näheres über letztere jeden Sonnabend in der „Freiheit“. Wir bitten alle Genossinnen und Genossen sowie Genossinnenfreunde, ihre Kinder rege an den Veranstaltungen teilnehmen zu lassen. Zum Baden hat jedes Kind außer dem nötigen Rucksack 2 M., etwas gemahlene Kaffee und ein Trinkgefäß mitzubringen. Den Rest der Kosten trägt die Kasse.

Tod in den Fluten. Am Sonnabend ertrank im Stienitz-See ein 16-jähriger junger Mann. Des Schwimmens unkundig, magte er sich mit einer Planke zu weit ins Wasser. Er stürzte ins Wasser und ertrank. Da er vorher wiederholt erklärt hatte, er könne schwimmen, eilten ihm Schwimmer zu spät zu Hilfe. — Im Seddin-See ging ein 24-jähriger junger Mann unter. Leicht angekränkt, nahm er ein Bad. Da er Schwimmer war, schielte er einem Herzschlag zum Opfer gefallen zu sein. — Die Leichen sind bisher nicht geborgen.

## Gewerkschaftliches

### Diktatur des Zeitungskapitals.

Bis Sonnabend nachmittag bestand die Hoffnung, daß der Kampf im Zeitungsgewerbe beendet werden könne. Beide Parteien übernahmen die Verpflichtung, sich einem Schiedsspruch, der im Reichsarbeitsministerium gefällt werden sollte, zu unterwerfen. Nachmittags um 3 Uhr, am Sonnabend, sollten nun die Verhandlungen beginnen. Der Schlichtungsausschuss, den der Reichsarbeitsminister einberief, tagte unter dem Vorsitz eines Vertreters des Ministeriums, und dessen Vizepräsident der Arbeitsminister auf Vorschlag beider Parteien ernannte. Als Arbeitgebervertreter sollte auch ein Vertreter der Reichsdruckerei teilnehmen. Außerdem waren drei Vertreter der privaten Buchdruckereien und vier Arbeitnehmervertreter der Gewerkschaften vorgesehen. Nachdem der Schlichtungsausschuss nun zusammentrat und der Vorsitzende die Zusammensetzung bekannt gab,

erklärte ein Arbeitgebervertreter, daß sie an den Verhandlungen nicht teilnehmen könnten,

da ein Vertreter des Reichspostministeriums, der die Interessen der Reichsdruckerei vertrat, als Arbeitgebervertreter an den Verhandlungen mitwirkte. Außerdem entwidmet diese Herren ursprünglich, daß nach dem Tarifvertrag ein solches Schlichtungsverfahren nicht zulässig sei.

Alle Bemühungen des Vorsitzenden, die Arbeitgeber von ihrem unhaltbaren Standpunkt abzubringen, waren fruchtlos und diese famosen Unterhändler gingen nach Hause. Der Vertreter der Reichsdruckerei erklärte nun, daß er namens des Reichspostministers zur Einigung auf der Grundlage des Vermittlungsvorschlages des Reichsarbeitsministers vom 7. Juli 1922 einzutreten bereit sei.

Der Kampf geht aber vorläufig weiter, und die heute folgende Versammlung der Streikenden wird weitere Beschlüsse zu fassen haben.

Zu dem frechsten Verhalten der Unternehmer im Zeitungsgewerbe ist nun folgendes zu sagen:

Ein eingesehter „Abstimmungsausschuss“ der Buchdruckereien, in dem das Zeitungskapital vorherrschend ist, hat absolute Vollmacht, die Verhandlungen zu führen. Dener unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeitende

Unternehmer-„Abstimmungsausschuss“ treibt diese Sabotage aus zweierlei Gründen:

1. Will er einen Machtkampf heraufbeschwören und das Personal niederringen und 2. soll so nebenbei den kleineren und mittleren Druckereien das Lebenlicht ausgeblasen werden.

Diese Taktiken wurden uns von solchen Druckereibesitzern unterbreitet. Diese

kleinen Unternehmer sind schon lang des Kampfes müde, möchten lieber heute wie morgen Frieden schließen, die Forderungen anerkennen, da sie auch die entsetzliche Preissteigerung der letzten Zeit nicht bestreiten.

Aber durch Konventionalstrafen und drohende Materialsperrern usw. müssen sie sich dem

Diktat der Zeitungsvorleger unterwerfen, obgleich sie wissen, es auch um ihre Haut geht. Dennoch steht fest:

Das Zeitungskapital treibt den Konflikt auf die Spitze. Scheinbar nur geht es auf Verhandlungen ein, um sich nach außen als friedliebend zu zeigen. In Wirklichkeit aber sabotieren diese Herren jede Verständigung und machen ein Kampfen unmöglich.

Aus jedem kleinen Konflikt macht heute das Großkapital einen Großkampf mit dem Ziele, die Arbeiterschaft zum Weisbluten zu bringen.

Angesichts dieser Taktiken werden die Kämpfenden besonders geschickt operieren müssen, um nicht nur jenen Provokatoren des Wirtschaftsfriedens den Wind aus den Segeln zu nehmen, sondern auch ihr Vorhaben zum Scheitern zu bringen.

### Vor ersten Kämpfen im Bergbau.

Die freien Gewerkschaften fordern in einem Aufruf an die Ruhrbergleute zur Massenaktion im Bergbau bis 12. Juli auf. In dem Aufruf heißt es:

„Zum März 1921 ist der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier von den an ihm beteiligten Arbeiterorganisationen gekündigt worden. Seitdem haben fortgesetzt Verhandlungen stattgefunden, die zu keinem Ergebnis führten.“

Es wird dann auf die verschiedenen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern hingewiesen und erklärt, daß nur die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels übrig bleibe. Alle Bergarbeiter sollten sofort die Kündigungszettel ausfüllen. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter sowie die polnische Berufsvereinigung erklären sich gegen diesen Schritt und verlangen von ihren Mitgliedern, die weiteren Verhandlungen abzuwarten. Die Hirsch-Dunkerschen billigen den Schritt der freien Gewerkschaften. Am Dienstag finden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers weitere Verhandlungen über den Tarifvertrag statt.

In Wp-Verbanden organisierte Mitglieder der Barmer Krankenkasse in Wittmach, den 12. d. M., abends 7 Uhr, im „Luisen-Boal“ der „Havelands-Festhalle“, Berlin, Neue Friedrichstr. 33, Versammlung. — Wp-Bund, Ortsartikel Groß-Berlin.

Parteiveranstaltungen.

Montag, den 10. Juli 1922.

Dienstag, den 11. Juli 1922.

8. Bezirk. Abend 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Kaiser, Boglengasse 34.
7. Bezirk. Stimmkreis-Kommission. 7 1/2 Uhr bei Carus, Volkstr. 37.
19. Bezirk (Kraussberg). Die Funktionärskonferenz findet am Dienstag nach Mittag der öffentlichen Versammlung statt.

Waldener. Dreikönigstour der Kinderkommissionen für Knaben und Mädchen nach dem Grotto, Schönwalde.
Zentrum der Schneider. Wanderversammlung für Schneiderinnen und Fortschrittsfrauen am Sonntag abends 8 Uhr.

Vereinskalender.

Zentrum der Schneider. Wanderversammlung für Schneiderinnen und Fortschrittsfrauen am Sonntag abends 8 Uhr.
Verein der Wandler und Wanderer. Wanderversammlung am Sonntag abends 8 Uhr.

Deutscher Handarbeiterverband, Sektion II - Masch- und Teppichreinigungsbranche. Wanderversammlung am Sonntag abends 8 Uhr.
Kleinstadt-Gasbol. Wanderversammlung am Sonntag abends 8 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauh, Berlin.
Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauh, Berlin.
Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauh, Berlin.

Massary. Delft edel wie der Name. Fritzzi Massary eine Zigarette von Rang. Urteilen Sie selbst!

Schuhputzlabelisten. Tüchtiger Meister. Tüchtige Kontoristinnen. A. Jandorf & Co. Kottbuser Damm 1.

Kammerspiele. Der unterzeichnete Verband übernimmt hiermit die Pflicht... Eugon Simanowski.

Kammerspiele. Die wunderlich-Geschichten des Kapellmeisters 'Kreisel' im Th. 'Kaiserhof' am 10. Juli abends 8 Uhr.

ULAP. UNIVERSUM LANDES-AUSSTELLUNGS-PARK. AM LEHRTER BAHNHOF ALT-BERLIN ULA-PALAIS.

Kleine Anzeigen. Verläufe. Gardinen. Stimmorgel. Wandbilder. Fahrräder.

Theater, Lichtspiele usw. Volksbühne. Theater a. Bülowpl. Robert und Bertram.

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen für Handarbeiten, Leinen- und Baumwollwaren, Parfümerie und Seifen.

Die größte Wolkensturzbahn der Welt! An Höhe, Stürzeile u. grotesker Fahrtrasse unübertroffen! Heute Paradedag mit 8 Orchestern.

Möbel. Möbel. Möbel. Möbel. Möbel.

Metzner Kinderwagen-Weißhaus. Größte Auswahl Berlins. Andreasstr. 23.

UFA-PALAST AM ZOO. Ab Mittwoch, den 12. Juli: LUSTSPIEL-WOCHEN! NUR NEUE CHAPLIN FILME.

Tüchtige Kassiererinnen sofort gesucht. A. Jandorf & Co. Brunnenstr. 19. 21.

Kleinstadt-Gasbol. Metallarbeiten. Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen für Soidenband, Weißwaren, Korsette, Leinen- und Baumwollwaren.